



*Beschluss des SPD-Landesparteitags am 12.10.2019 in Heidenheim*

---

## 1 **Klimaschutz mit Mut, Wirtschaftspolitik mit sozialer und ökologischer** 2 **Verantwortung!**

3 Wir erleben eine politische Bewegung von jungen Menschen, die uns begeistert, aber auch hart  
4 mit uns ins Gericht geht. Die Forderung von Fridays for Future, die wir in vielen Städten in  
5 Baden-Württemberg entgegengenommen haben, ist eindeutig: Wir dürfen keine Zeit verlieren,  
6 wenn wir es mit dem Klimaschutz ernst meinen.

7 Gleichzeitig befindet sich unsere Wirtschaft in einer großen Umbruchphase. Viele sprechen  
8 bereits von einer weiteren industriellen Revolution. Die ersten Beschäftigten gehen vor ihren  
9 Werktoeren auf die Straße und demonstrieren gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau.  
10 Arbeitszeiten werden bereits vielerorts reduziert und vereinzelt ist Kurzarbeit angemeldet. Dies  
11 sind nicht nur Vorboten der von vielen prognostizierten Eintrübung der Konjunktur, sondern  
12 Ausdruck des gravierenden Transformationsprozesses. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
13 formulieren jetzt zu Recht klare Erwartungen an ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie  
14 gegenüber der Politik.

15 Wir stehen als politische Kraft dafür ein, dass dieser Transformationsprozess nicht auf dem  
16 Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird, die den wirtschaftlichen  
17 Erfolg erarbeitet haben. Hier werden wir die Unternehmen in die Pflicht nehmen.

18 Diese beiden existentiellen Herausforderungen werden in Baden-Württemberg wie in einem  
19 Brennglas sichtbar und erfordern Mut und Verantwortung gleichermaßen. Wichtig ist deshalb,  
20 dass wir als Gesellschaft zusammenhalten und niemanden außen vorlassen, sondern den  
21 Wandel mit allen und für alle gestalten. Die SPD ist die Partei, die für einen wirkungsvollen und  
22 sozial gerechten Klimaschutz steht. Und wir wollen den Wandel nutzen, um zukunftsfähige  
23 Arbeitsplätze zu schaffen. Denn für uns ist klar: Ambitionierte Klimaziele stehen mit kluger  
24 Wirtschaftspolitik nicht im Widerspruch. Ganz im Gegenteil: Wir begreifen die sozial-  
25 ökologische Transformation als die große Chance für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts  
26 Deutschland und Baden-Württemberg.

27 Die von uns gemeinsam mit den Grünen eingeleitete Energiewende ist uns gerade deshalb  
28 gelungen, weil wir neben dem ambitionierten Ausstieg aus der Atomkraft, die  
29 Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie in Einklang gebracht haben. Wäre die  
30 Versorgungssicherheit nicht gegeben oder würden die Menschen erheblich höhere  
31 Energiekosten tragen müssen, wäre der soziale Frieden und die Akzeptanz für die notwendige  
32 Energiewende nicht vorhanden.

33 Aus diesen Erfahrungen heraus gilt für die SPD in Baden-Württemberg:

34 **Klimaschutz mit Mut**

35 Es ist gut, dass Deutschland ein Klimaschutzgesetz bekommt. Damit werden die  
36 Klimaschutzziele von Paris gesetzlich verbindlich geregelt. Das Erreichen der Klimaschutzziele  
37 wird jährlich von einem unabhängigen Gremium kontrolliert. Wenn die vereinbarten Ziele in  
38 einem Bereich nicht erreicht werden, muss das zuständige Ministerium neue Maßnahmen zum  
39 Gegensteuern vorgelegen. Das Gesetz bindet diese und zukünftige Regierungen. Dies ist ein  
40 großer Fortschritt, den die SPD durchgesetzt hat.

41 Im Bereich der Mobilität sehen wir, dass durch das Klimaschutzpaket zahlreiche Fortschritte  
42 erreicht werden. Die Kapitalausstattung der Deutschen Bahn wird deutlich verbessert,  
43 Bahntickets sollen billiger werden, Fliegen wird teurer gemacht, die Kfz-Steuer soll stärker an  
44 den CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgerichtet werden und es soll einen CO<sub>2</sub>-Aufschlag auf die Lkw-Maut  
45 geben. Der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für Elektromobilität ist ebenso positiv wie die  
46 Programme zur finanziellen Unterstützung beim Kauf von umweltfreundlichen Autos und  
47 Investitionen in klimafreundliche Heizungen.

48 Die Vorschläge der Bundesregierung für den Klimaschutz sind wichtige Schritte zu einer  
49 ambitionierteren Klimapolitik.

50 Der Einstieg in die **CO<sub>2</sub>-Bepreisung** ist ein wichtiger Schritt, aber wir wünschen uns noch mehr  
51 Mut. Aus unserer Sicht ist verbunden mit einem sozialen Ausgleichsmechanismus ein höherer  
52 Einstiegspreis von mindestens 35 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> erforderlich. Dann müssen wirkungsvolle  
53 Erhöhungen folgen. Die Wirksamkeit der Erhöhung wollen wir regelmäßig evaluieren und ggf.  
54 anpassen. Das gilt auch für die Mindest- und Höchstpreise ab 2026. Die vorgesehene Erhöhung  
55 der Pendlerpauschale ab dem 21. Entfernungskilometer reicht als sozialer  
56 Ausgleichsmechanismus nicht aus.

57 Auch substantielle Maßnahmen zum Umsteuern in der Landwirtschaft kommen uns bislang zu  
58 kurz. Wir fordern eine gemeinsame Agrarpolitik der EU, die auf Klimaschutz und den Erhalt der  
59 Artenvielfalt ausgerichtet ist.

60 Wir müssen den Anteil der **erneuerbaren Energien** am Bruttostromverbrauch auf mindestens  
61 65 % bis 2030 erhöhen. Deshalb bedarf es wieder mehr Anstrengungen im Bereich der  
62 Photovoltaik, Solarthermie, Kraft-Wärmekopplung und beim Netzausbau. Gerade Baden-  
63 Württemberg gehört, trotz erheblichem Potential, nicht zu den Vorreitern bei der Windenergie.  
64 Die geplante 1000 Meter Mindestabstandsregelung bei Windkraftanlagen lehnen wir ab. Wir  
65 fordern die Landesregierung auf, die Länderöffnungsklausel zu nutzen, ihre eingeschlagene  
66 Verhinderungspolitik aufzugeben und den Mindestabstand deutlich zu verringern. Durch  
67 sinnvolle Vergütungsmodelle für Weiterbetrieb und Repowering wollen wir bereits bestehende  
68 Windkraft- und Solar-Anlagen auch in Zukunft nachhaltig weiterbetreiben oder anpassen. Den  
69 Ausbaudeckel für Onshore-Windenergie wollen wir abschaffen. Das EEG wollen wir  
70 reformieren und so kleine Akteure und Bürgerenergiegesellschaften gegenüber den großen  
71 Energiekonzernen in die Lage versetzen, sich auf dem Energiemarkt zu behaupten. Es braucht  
72 eine systemstützende Auslegung neuer Anlagen ebenso wie, wo sinnvoll, dynamische  
73 Elemente bei der Vergütungsdegression. Es braucht ebenso stärkere regionale  
74 Differenzierungsmöglichkeiten. Gleichzeitig müssen komplizierte Sonderregelungen und

75 Bonussysteme, die seit 2017 eingeführt wurden und das EEG in ein bürokratisches Ungetüm  
76 verwandelt haben, auf das notwendige Minimum reduziert werden.

77 Es ist wichtig, dass das Klimaschutzprogramm den verbindlichen Kohleausstieg bis spätestens  
78 2038 enthält und der Ausstiegspfad gesetzlich verankert wird. Dieser Kohleausstieg wird von  
79 einem gesellschaftlichen Konsens getragen. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik.

80 Wir wollen jedoch alles dafür tun, um den Kohleausstieg bereits deutlich vor 2038 realisieren  
81 zu können. Dafür braucht es einen deutlich schnelleren Ausbau der Verteilernetze, der  
82 Speicherkapazitäten und der erneuerbaren Energien, die verbunden mit Investitionen in  
83 Weiterbildung und Infrastruktur sowie anderen Maßnahmen zur Steigerung der  
84 Sozialverträglichkeit zu Handlungsspielräumen für einen deutlich früheren Kohleausstieg  
85 führen.

86 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Wärmewende in den Blick nimmt, denn fast ein  
87 Drittel der deutschen Treibhausgasemissionen wird im Wärme- und Kältemarkt verursacht.  
88 Auch hier wollen wir mehr Mut zeigen: Bereits ab 2021 soll der Einbau von Öl-Heizungen in  
89 Neubauten in Deutschland, außer in begründeten Ausnahmefällen, verboten und die  
90 Verwendung von fossilen Gasheizungen auf eine Übergangsphase begrenzt werden. Wir  
91 wollen nahezu klimaneutrale Neubauten zum Standard machen und damit die EU-  
92 Gebäude richtlinie umsetzen. Beim Bestand wollen wir gezielt regenerative Wärmequellen, wie  
93 Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets fördern.

#### 94 **Unsere klimapolitischen Forderungen an die grün-schwarze Landesregierung**

95 In Baden-Württemberg kommt der Ausbau der erneuerbaren Energien unter Grün-Schwarz  
96 noch weniger voran als bundesweit. Hierfür trägt die Landesregierung die Verantwortung. Bei  
97 bundesweiten Ausschreibungen für Große Photovoltaik liegt Baden-Württemberg ganz hinten  
98 – offenbar kümmert sich das Land nicht um geeignete Flächen. Bei der Windkraft wird nicht  
99 nur durch die 1000-Meter-Abstandsvorgabe (grün-schwarzer Koalitionsvertrag) gebremst,  
100 sondern auch durch zu langwierige Genehmigungsverfahren, die in jedem Landkreis anders  
101 gehandhabt werden – dadurch ist der Ausbau zum Erliegen gekommen. Es gibt kaum  
102 Landesfördermittel für die energetische Sanierung von Gebäuden, außer den eigenen  
103 Landesliegenschaften. Die immer wieder versprochene Vereinfachung und Beschleunigung der  
104 Genehmigungsverfahren für Wasserkraftanlagen wurden bislang nicht realisiert.

105 Es ist nicht nachvollziehbar, wie die Landesregierung die Klimaziele von Paris in ihren  
106 Entscheidungen berücksichtigt. Weil das so ist, verpasst die grün geführte Landesregierung  
107 auch die selbst gesetzten Ziele beim Klimaschutz. Dieses Ergebnis ist insbesondere ein  
108 Armutszeugnis für die Grünen. Im Bund kritisieren sie die große Koalition für ihre Klimapolitik,  
109 dabei schneidet Baden-Württemberg bei den Klimazielen deutlich schlechter ab als der  
110 Bundesschnitt. Dabei stellen die Grünen seit acht Jahren den Ministerpräsidenten und den  
111 Umweltminister.

112 Wir verlangen auch im Land mehr Verbindlichkeit für die Klimaschutzpolitik. Wir wollen  
113 deshalb eine **Kontrollmöglichkeit** für den Landtag einführen, bei der die Landesregierung nicht  
114 nur die finanziellen Auswirkungen von Gesetzen und Beschlüssen, sondern auch deren

115 Auswirkungen auf das Erreichen der Klimaziele ausweist. Zudem wollen wir die  
116 planungsrechtlichen Hürden für den Ausbau regenerativer Energien konsequent abbauen.

117 Der Verkehr in Deutschland ist der drittgrößte Verursacher von klimaschädlichen Emissionen,  
118 insbesondere von CO<sub>2</sub>. Eine **Mobilitätswende**, die lediglich durch Verbote und einseitige  
119 Preiserhöhungen verordnet wird, lässt viele Menschen zurück. Deshalb müssen wir in  
120 bezahlbare Alternativen investieren. Wenn die Mobilitätswende gelingen und auch der Verkehr  
121 substantiell zur CO<sub>2</sub>-Einsparung beitragen soll, dann muss der Öffentliche Personen-  
122 nahverkehr (ÖPNV) deutlich attraktiver werden. Dazu brauchen wir einen kostengünstigen  
123 ÖPNV. Wir wollen, dass es in allen Kommunen ein 365 Euro ÖPNV-Jahresticket gibt, das im  
124 gesamten Bereich des jeweiligen Verkehrsverbundes gilt. Eine Einführung lediglich von  
125 Modellprojekten reicht nicht aus. Darüber hinaus wollen wir für die Kommunen die gesetzliche  
126 Grundlage für die Einführung von Instrumenten zur Drittnutzerfinanzierung, wie die City-Maut  
127 Nahverkehrsabgabe etc., schaffen.

128 Außerdem brauchen wir eine attraktive Infrastruktur des ÖPNV, d.h. zuverlässig in einem  
129 angemessenen Takt, Barrierefreiheit sowie Echtzeitfahrplananzeigen landesweit und nicht nur  
130 in Ballungszentren. Mit dem Klimaschutzpaket sollen die GVFG Mittel des Bundes schrittweise  
131 bis 2025 mehr als verdoppelt werden. Das Land sollte im gleichen Zeitraum ebenfalls seine  
132 Mittel im LGVFG verdoppeln. Bislang ist die Landesregierung von einem vergleichbaren  
133 Aufwuchs, wie ihn der Bund vorhat, weit entfernt.

134 Wir fordern die weitere Elektrifizierung von Schienenstrecken und unterstützen die  
135 Wiederbelebung von stillgelegten Bahntrassen gerade im ländlichen Raum. Das Land muss  
136 auch hier mehr investieren. Es gilt: Investitionen in die Infrastruktur und deutliche günstigere  
137 Preise sind der Schlüssel.

138 Wir fordern die Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer.

139 Die Gestaltung der Mobilitätswende ist nicht nur ökologisch mit Potential verbunden, sondern  
140 ermöglicht auch volkswirtschaftlich die Weiterentwicklung einer absoluten Wachstums-  
141 branche. Wir wollen den Auf- und Ausbau der E-Mobilität stärken, aber dabei auch alternative  
142 Antriebsstränge nicht vergessen. Ob E-Mobilität, Wasserstoffzelle oder synthetische  
143 Brennstoffe, wir müssen gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung setzen,  
144 ohne bereits Vorgaben zu machen, welcher Antrieb für welches Verkehrsmittel der richtige ist.  
145 Der Verbrennungsmotor mit fossilen Kraftstoffen hat für uns jedoch definitiv keine Zukunft.  
146 Dies haben inzwischen sogar die Automobilhersteller eingesehen. Um den richtigen  
147 ordnungspolitische Rahmen zu entwickeln, wollen wir - analog zur Kohlekommission -  
148 gemeinsam mit den Ländern, der Automobilindustrie, den Gewerkschaften und den  
149 Umweltverbänden einen Konsens über den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor mit fossilen  
150 Kraftstoffen schaffen. Wir sehen hier in Baden-Württemberg die Schnittstelle zwischen  
151 bestehenden wirtschaftlichen Stärken und der konzertierten Potentialnutzung von  
152 Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz.

### 153 **Allianz für Arbeit in Baden-Württemberg**

154 Neben den klimapolitischen Herausforderungen und der sozial-ökologischen Transformation  
155 gilt es in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung auch die Transformation der Wirtschaft

156 zu gestalten. Beides muss nebeneinander gelingen, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern und  
157 unseren starken Wirtschaftsstandort zu erhalten. Wir wollen neue Arbeitsplätze in  
158 Zukunftsbranchen der Industrie schaffen und Innovationen fördern, die helfen  
159 ressourcenärmer zu produzieren. Baden-Württembergs Industrie hat das Potenzial, Vorreiter  
160 im Klimaschutz zu werden. Wir wollen dabei gerade solche Unternehmen in den Fokus  
161 nehmen – ob Start-ups, KMUs oder große Player -, die im Sinne von Social Entrepreneurs den  
162 positiven Beitrag ihres Unternehmens für Mensch und Planet in den Vordergrund stellen. Wir  
163 wollen dafür auch die Digitalisierung als Chance für ressourcenschonende Lösungen und  
164 nachhaltige Wirtschaftsmodelle selbst gestalten.

165 Der Strategiedialog Automobil des Ministerpräsidenten ist gescheitert. Es fehlt dem  
166 Strategiedialog an festen Vereinbarungen und überprüfbaren Zielvereinbarungen.

167 Wir wollen die guten Arbeitsplätze in unserem Bundesland erhalten und neue schaffen.  
168 Deshalb fordern wir eine **Wiederbelebung der dialogorientierten Wirtschaftspolitik** in Form  
169 einer „**Allianz für Arbeit in Baden-Württemberg**“ an dem das Land, Gewerkschaften,  
170 Wirtschaftsverbände und die Agentur für Arbeit beteiligt sind. Damit schaffen wir  
171 Verbindlichkeit und Planungssicherheit.

172 **Die „Allianz für Arbeit in Baden-Württemberg“ muss neben vielen anderen Maßnahmen unter**  
173 **anderem folgende Instrumente auf den Weg bringen:**

174 Kleinere und mittlere Unternehmen müssen bei der Bewältigung der anstehenden  
175 Transformationsprozesse besser unterstützt werden. Daher fordern wir die Einrichtung einer  
176 **Landesinnovationsagentur**, die - ausgestattet mit Investitionsmitteln - kleinen und mittleren  
177 Unternehmen mit Modernisierungsbedarf und anstehenden Erneuerungsprozessen  
178 unterstützt und Hürden zur Innovation abmildert.

179 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in die Lage versetzt werden, die Veränderung  
180 von Arbeitsplätzen durch digitale Technologien und ökologische Erfordernisse mitgehen zu  
181 können. Jede und jeden Einzelnen im Wandel zu unterstützen und niemanden zurückzulassen  
182 ist das zentrale Sicherheitsversprechen des Sozialstaats als Partner. Schutz und Chancen im  
183 Wandel garantieren wir durch eine Solidargemeinschaft, die zusammenhält und die Einzelnen  
184 nicht ihrem individuellen Risiko überlässt. Weiterbildung ist der Schlüssel dafür, dass die  
185 Beschäftigten von heute die Arbeit von morgen machen können. Weiterbildung muss für alle  
186 ein fester Bestandteil der Erwerbsbiografie werden und nicht nur Beschäftigten von  
187 Großunternehmen vorbehalten sein.

188 Auch Alter und berufliche Qualifikation dürfen für die Frage der Weiterbildung keine Rolle  
189 spielen. Wir wollen deshalb einen **Rechtsanspruch auf Weiterbildung**. Mit dem  
190 Qualifizierungschancengesetz hat die SPD im Bund die ersten wichtigen Schritte eingeleitet. Je  
191 nach Betriebsgröße erhalten Beschäftigte, die vom Strukturwandel betroffen sind, bis zu 100  
192 Prozent ihrer Weiterbildungskosten und bis zu 75 Prozent des Einkommens als Zuschuss.  
193 Diesen individuellen Ansatz wollen wir im nächsten Schritt so ergänzen, dass ganze  
194 Belegschaftsteile gefördert werden können, wenn die Betriebsparteien hierzu eine  
195 Vereinbarung abschließen. Und wir wollen eine Perspektivqualifizierung einführen, wenn  
196 Beschäftigte in ihrem Unternehmen keine Perspektive auf Weiterbeschäftigung haben.

197 Im Bereich der betrieblichen Weiterbildung setzen wir uns in Baden-Württemberg für einen  
198 zunächst mit 10 Millionen Euro pro Jahr dotierten **Weiterbildungsfonds** ein, der im Rahmen  
199 einer Komplementärfinanzierung zwischen Land und Unternehmen Weiterbildungsformate  
200 fördert.

### 201 **Qualifizierung im Betrieb**

202 Das Instrument des Kurzarbeitergelds hat sich in der Finanzkrise 2008 bewährt und dabei  
203 geholfen, die massive Ausweitung der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Wir wollen, dass der  
204 Einsatz von Kurzarbeitergeld erleichtert wird. Hier muss die „Allianz für Arbeit Baden-  
205 Württemberg“ zunächst innerhalb der bestehenden Gesetze gemeinsam kreative Lösungen  
206 finden. Eine wirkungsvolle Erleichterung wird aber ohne gesetzliche Änderungen nicht  
207 gelingen. Für den Fall, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld beziehen  
208 und in einer Weiterbildung sind, unterstützen wir die Vereinfachung der Übernahme von  
209 Sozialversicherungsbeiträgen des Arbeitgebers durch den Staat. Wir wollen ein  
210 **Qualifizierungskurzarbeitergeld**, das Qualifizierung mit Kurzarbeit verbindet und damit zu  
211 einem Instrument für die Bewältigung des wirtschaftlichen Wandels wird.

212 Wer dennoch seine Arbeit verliert, hat einen Anspruch auf eine gezielte  
213 Weiterbildungsmaßnahme. Wir dürfen im Wandel nicht auf kurzfristige Vermittlung etwa in  
214 schlecht bezahlte oder nicht zukunftsfeste Arbeit setzen, sondern müssen die nachhaltige  
215 Erwerbsperspektive im Auge haben. Bei arbeitssuchenden Menschen muss nachhaltige  
216 Qualifizierung stärker gefördert und mit einem Rechtsanspruch versehen werden.  
217 Arbeitssuchende, die mutig eine größere Weiterbildung in Angriff nehmen, müssen über eine  
218 ausreichende finanzielle Unterstützung abgesichert werden.